

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU-27](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Debatte um Rechtsstaatlichkeit in Polen](#) 3
- [Vorschlag für eine EU-weite Regelung der Gewährleistung](#) 3
- [Änderung der Spirituosenverordnung](#) 4
- [EP-Ausschuss stimmt über modernisierte Unternehmensbesteuerung ab](#) 4
- [EU-Strombinnenmarkt auf Erneuerungskurs](#) 5
- [Weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika gefordert](#) 5

Rat der Europäischen Union

- [EU-Botschafter einigen sich auf neue Regeln für Müllmanagement und Recycling](#) 6
- [Rat einigt sich auf EU-Menschenrechtsprioritäten](#) 6

Europäische Kommission

- [Europäische Kommission und UEFA festigen Zusammenarbeit](#) 7
- [Runder Tisch der Kommission zum Thema Kryptowährungen](#) 7
- [Kommission legt Brexit-Vertragsentwurf vor](#) 8

Ausschuss der Regionen

- [Zehnjähriges Bestehen des Europäischen Konvents der Bürgermeister für Klima und Energie](#) 9

Sonstiges

- [Projekt über die Auswirkungen rückkehrender Wölfe im Ostalpenraum](#) 10
- [Vorschläge für neue Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen](#) 10
- [Urteil des EuGH zu „Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit“](#) 11
- [Rechnungshof untersucht Kontrollsystem für ökologisch erzeugte Lebensmittel](#) 11

In eigener Sache

- [Alpeuregio Summer School 2018](#) 12

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 13

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 14

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 15

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 15

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU-27

Am 23. Februar kamen in Brüssel die Führungsspitzen der EU-27 zu einem informellen Treffen zusammen. Auf der Agenda standen u. a. die Festsetzung der politischen Prioritäten für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2020 sowie institutionelle Fragen. Österreich war erstmals durch Bundeskanzler Sebastian Kurz vertreten.



Die EU-Führungsspitzen waren sich einig, dass die EU mehr für die Eindämmung der illegalen Migration, für Verteidigung und Sicherheit sowie für das Programm Erasmus+ ausgeben soll. Weiters wurde die anhaltende Bedeutung der Kohäsionspolitik für die regionale Entwicklung und der Gemeinsamen Agrarpolitik von vielen Staats- und Regierungschefs hervorgehoben.

Ein zentraler Tagesordnungspunkt waren die politischen Prioritäten für den nächsten MFR 2021-2027. Im Vorfeld des Treffens erörterte die Kommission diesbezüglich bereits [verschiedene Optionen](#) zukünftiger

politischer Entscheidungen und deren finanzielle Auswirkungen im Rahmen des nächsten Haushalts. Die finanzielle Ausstattung der EU ab 2021 hängt demnach in erster Linie mit der Festlegung gemeinsamer Prioritäten zusammen.

In Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen wird die Idee unterstützt, die Zahl der Abgeordneten von 751 auf 705 zu reduzieren. Allerdings könne der Europäische Rat nicht im Voraus garantieren, dass er einen der Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlagen werde. Der Europäische Rat reagiert mit dieser Entscheidung auf den [Beschluss](#) des P a r l a m e n t s , a n d e r Spitzenkandidatenregelung festhalten zu wollen.

Das Treffen fand im EU-27-Format ohne das Vereinigte Königreich statt, weil hauptsächlich zukunftsorientierte Themen auf der Agenda standen. Die nächste Tagung des Europäischen Rates ist für den 22. und 23. März 2018 festgesetzt.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Debatte um Rechtsstaatlichkeit in Polen

Am 28. Februar debattierten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Bereits am 29. Jänner hatte der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE) den [Kommissionsvorschlag](#), Artikel 7 EUV gegen Polen zu aktivieren, [zustimmend](#) bekräftigt.

Mit einer Mehrheit von 33 zu 9 Stimmen forderten die ParlamentarierInnen die Mitgliedstaaten damals auf, Maßnahmen gegen die ihrer Meinung nach bedenklichen Lage der Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz und Grundrechte zu ergreifen.

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ beschäftigte sich am 27. Februar in einer [Sitzung](#) mit der Thematik und stellte sich hinter die Kommission. Er setzt aber weiterhin auf den Dialogweg mit Polen.

Die Zustimmung des Parlaments ist Voraussetzung für die offizielle Einleitung des Art. 7—Verfahrens. Die Abstimmung hierfür ist für den 1. März im Plenum festgelegt.

[Mehr Informationen](#)

Vorschlag für eine EU-weite Regelung der Gewährleistung

Mit der Verabschiedung eines Richtlinienentwurfs des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) soll in Zukunft ein höheres Maß an Verbraucherschutz in der EU garantiert werden.

Der Beschluss, als Antwort auf den [Kommissionvorschlag](#) von 2015, soll UnternehmerInnen, die ihre Produkte in anderen Mitgliedsländern vertreiben, zukünftig Rechtssicherheit gewährleisten. Der Entwurf enthält u.a. Vorschriften über die für VerbraucherInnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, Pflichten des Händlers und Beweislastbestimmungen.

Der größte Nutzen für die VerbraucherInnen soll demnach die Wahlfreiheit zwischen kostenloser Reparatur oder kostenfreiem Austausch eines defekten Produktes sein. Gewährleistungsbestimmungen sollen

weitere für Produkte aus Onlinekäufen sowie durch Erwerb in Geschäften gleichermaßen gelten. Vorgehensehen ist außerdem eine Gewährleistungsfrist von zwei Jahren. Um [nationale Verbraucherschutzniveaus](#) aufrecht zu erhalten, sollen Mitgliedsländer jedoch bestehende längere Fristen beibehalten können.

Mit der Entscheidung im IMCO Ausschuss tritt das Parlament noch dieses Jahr in Verhandlungen mit dem Rat ein.

[Mehr Informationen](#)



Änderung der Spirituosenverordnung

Das Parlament debattierte am 28. Februar den [Kommissionsvorschlag](#) von Dezember 2016 bezüglich Änderungen der Spirituosenverordnung ([EG](#)) Nr. 110/2008.

Bereits am 2. Februar hatte der EP-Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) über einen [Bericht](#) zum Kommissionsentwurf abgestimmt. Er wurde mit 54 zu einer Nein-Stimme durch die Ausschussmitglieder angenommen.

Die Mitglieder des Ausschusses vertraten u. a. die Position, dass bestehende geografische Angaben, durch die neue Verordnung weiterhin automatisch geschützt werden müssen. Sie dürften den Schutz nach

Inkrafttreten der neuen Verordnung nicht verlieren. Weiterhin sollen Zutaten und Nährwerte verbraucherfreundlich auf den Etiketten angegeben werden, um den Anforderungen der freiwilligen Lebensmittelkennzeichnung, im Rahmen der Verordnung ([EU](#)) Nr. 1169/2011, zu entsprechen.

Über die geplanten Änderungen wird am 1. März im Plenum entschieden.

[Mehr Informationen](#)

EP-Ausschuss stimmt über modernisierte Unternehmensbesteuerung ab

Der EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) hat die Kommissionsvorschläge für ein harmonisiertes Unternehmenssteuersystem angenommen.

Konkret wurde über die Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage ([GKKB](#)) und deren Basis, die Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKB), abgestimmt.

Die [Vorschläge](#) enthalten Benchmarks, anhand derer die digitale Präsenz eines Unternehmens in einem Mitgliedstaat eruiert werden kann, wobei eine Niederlassung in diesem Staat nicht erforderlich ist. Dies soll dem Umstand Rechnung tragen, dass personenbezogene Daten für Firmen wie Facebook, Amazon und Google eine wichtige

Vermögensquelle darstellen, bei der Berechnung ihrer Steuerpflichten bis dato jedoch unberücksichtigt bleiben.

Laut den Vorschlägen der Kommission würden die Rechtsvorschriften Gruppen von Unternehmen mit einem konsolidierten Umsatz von über 750 Mio. Euro betreffen. Die Abgeordneten wollen, dass diese Schwelle innerhalb von sieben Jahren komplett gestrichen wird.

[Mehr Informationen](#)



EU-Strombinnenmarkt auf Erneuerungskurs

Der EP-Industrieausschuss (ITRE) hat vier Gesetzesvorschläge zur [künftigen Gestaltung des EU-Strommarkts](#) gebilligt. Vor allem Vorteile für VerbraucherInnen sollen dadurch zukünftig gestärkt werden.

Die Ausschussmitglieder stimmten dafür, dass Kapazitätsmechanismen zeitlich eng begrenzt, nach Genehmigung auf europäischer Ebene und als letzte Möglichkeit eingeführt werden dürfen. Den Mitgliedstaaten soll die Benützung von Anlagen mit einem Ausstoß von mehr als 550 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde untersagt werden.

Außerdem stimmte der ITRE-Ausschuss für eine Stärkung des Verbraucherrechte. StromkundInnen sollen künftig

Energieversorgungsunternehmen besser miteinander vergleichen können. Rechnungen und Verträge sollen transparenter werden. Der Vorschlag sieht zudem die Förderung von VerbraucherInnen vor, die ihren eigenen Strom produzieren (sog. „Prosumenten“).

Mit der Abstimmung im Plenum ist im März zu rechnen.

[Mehr Informationen](#)

Weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika gefordert

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) fordert in einer [Entschließung](#) vom 22. Februar ein weltweites Verbot von Tierversuchen für kosmetische Mittel. Seit 2004 dürfen in der EU bereits keine Tierversuche für Kosmetika mehr durchgeführt werden. Seit 2009 gilt zusätzlich ein EU-weites [Vermarktungsverbot](#) von an Tieren getesteten Kosmetikern.

Im Gegensatz zur EU sind Tierversuche für Kosmetika und die Vermarktung von an Tieren getesteten Kosmetika weltweit in rund 80 % der Länder immer noch erlaubt. Die Entschließung fordert die EU auf, sich im Rahmen der Vereinten Nationen für ein weltweites Verbot stark zu machen. Laufende Handelsverhandlungen bzw. Vorschriften der Welthandelsorganisation dürften nicht dazu führen, dass das EU-Verbot aufgeweicht wird.

Das Verbot von Tierversuchen hätte die Entwicklung der Kosmetikindustrie in Europa nicht gefährdet und deshalb fordern die Abgeordneten die weltweite Einstellung von Tierversuchen für kosmetische Mittel noch vor 2023.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

EU-Botschafter einigen sich auf neue Regeln für Müllmanagement und Recycling

Am 26. Februar stimmten die EU-BotschafterInnen den Gesetzgebungsvorschlägen bezüglich des [Abfallpakets](#) zu. Schon im Dezember 2017 wurde unter estnischem Ratsvorsitz eine [vorläufige Einigung](#) mit dem Parlament erreicht und nun formal bestätigt.

Das Gesetzespaket sieht verbindliche Ziele für die Abfallverringerung vor. Weiters sollen die neuen Regeln zur Verminderung der Abfallerzeugung sowie zur Verbesserung des Recyclings die Abfallwirtschaft in den Mitgliedsländern effizienter machen. Auf nationalstaatlicher Ebene soll dadurch die Kreislaufwirtschaft gefördert werden.

Die neuen Regelungen sehen u. a. eine verpflichtende Recyclingquote von 55 % von Haushaltsabfällen bis 2025 vor. Weiters müssen bis 31. Dezember 2023 alle Haushalts-Bioabfälle separat gesammelt oder vom

jeweiligen Haushalt kompostiert werden. Ab 1. Jänner 2025 werden außerdem Textilien und Problemstoffe von Haushalten verpflichtend getrennt werden müssen.

Darüber hinaus müssen Mitgliedstaaten ab 2030 dafür Sorge tragen, dass nicht mehr als 10 % des Hausmülls auf Deponien landet. Recyclebare Abfallstoffe sollen demnach überhaupt nicht mehr auf Deponien gelangen.

[Mehr Informationen](#)

Rat einigt sich auf EU-Menschenrechtsprioritäten

Am 26. Februar 2018 hat der Rat die [Prioritäten der EU](#) für die Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen verabschiedet und legte somit die diesjährige Linie der Menschenrechtsschwerpunkte der EU fest.

Die Erklärung des Rates unterstützt die proklamierten Schwerpunkte von UN-General Sekretär António Guterres, die Anerkennung von Menschenrechten zu stärken und für einen nachhaltigen Frieden durch Prävention einzutreten. Die Bekämpfung von Konfliktursachen und Festigung der Frühwarnmechanismen für Menschenrechtsverletzungen werden hierbei besonders wichtig sein.

Die EU vertritt weiterhin nachdrücklich den Standpunkt, dass alle Menschenrechte

universell, unteilbar, voneinander abhängig sowie miteinander verbunden sind.

Seit Beginn ihres Bestehens hat sich die EU dem [Schutz und der Förderung der Menschenrechte](#) verschrieben. Die nun festgelegten Prioritäten bekräftigen erneut das Bekenntnis zu eigenen und UN-Menschenrechtsmechanismen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäische Kommission und UEFA festigen Zusammenarbeit

Die Kommission und die Vereinigung Europäischer Fußballverbände (UEFA) haben am 21. Februar eine [Vereinbarung](#) unterzeichnet, mit der sie sich zu einer engen Zusammenarbeit bis Ende 2020 verpflichten.

Konkret wollen beide Seiten bei Kampagnen gegen Rassismus, Gewalt, Doping und Spielabsprachen besser kooperieren. Ferner ist ein ExpertInnenaustausch zur sozialen Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen durch Sport geplant.

Bereits im Oktober 2014 unterzeichneten die Europäische Kommission und die UEFA ihre [erste Vereinbarung](#) zur Kooperation, um das positive Bild des Sports und insbesondere jenes des Fußballs zu stärken.

Ziel der neuen Kooperation ist es, das gesamte Potenzial des Sports und im

Speziellen jenes des Fußballs in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen auszureizen.

Die Vereinbarung hebt darüber hinaus die Zusammenarbeit mit der UEFA im Rahmen der [UEFA EURO 2020](#) hervor, die zum ersten Mal in zwölf verschiedenen Städten, verteilt über ganz Europa, stattfinden wird.

[Mehr Informationen](#)

Runder Tisch der Kommission zum Thema Kryptowährungen

Die Kommission veranstaltete am 26. Februar unter dem Vorsitz von Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis, zuständig für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, einen Runden Tisch zum Thema „Kryptowährungen – Chancen und Risiken“.

In der Diskussion ging es darum, wie die Aufsichtsbehörden und die Mitgliedstaaten auf die Herausforderungen der raschen technologischen Entwicklungen von Kryptowährungen reagieren können und inwiefern eventuelle Chancen genutzt werden können. Die Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft seien demnach nicht zu unterschätzen.

Viel Wert legt die Kommission darauf, die Integrität der Märkte zu schützen und

Finanzstabilität zu forcieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist demnach auch der AnlegerInnenschutz. Die Kommission werde deshalb eruieren, ob diesbezüglich Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind, so Kommissionsvizepräsident Dombrovskis.

[Mehr Informationen](#)



Kommission legt Brexit-Vertragsentwurf vor

Die Kommission hat am 28. Februar den [Entwurf des Austrittsabkommens](#) zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich (VK) präsentiert.

Der Entwurf besteht aus einleitenden Bestimmungen, Bestimmungen zu Rechten der BürgerInnen, Finanzregelungen und Übergangsbestimmungen sowie institutionellen Bestimmungen. Das Dokument konzentriert sich weiters auf Optionen zur zukünftigen Ausgestaltung der Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland. Ziel der EU ist es hierbei, eine ‚harte‘ Grenze zu verhindern.

Die britische Premierministerin Theresa May [kritisierte](#) in Folge den EU-Entwurf heftig. Der veröffentlichte Entwurfstext würde, wenn

umgesetzt, den Binnenmarkt Großbritanniens und die verfassungsmäßige Integrität des Vereinigten Königreichs bedrohen, indem er eine zollrechtliche und regulatorische Grenze in der Irischen See schaffen würde, so May.

Der Entwurf wird in weiterer Folge dem Rat (Artikel 50) und der Lenkungsgruppe "Brexit" des Europäischen Parlaments zur Erörterung übermittelt. Erst dann wird er dem VK für Verhandlungen vorgelegt werden.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Zehnjähriges Bestehen des Europäischen Konvents der Bürgermeister für Klima und Energie

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum runden Jubiläum stellte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) fest, dass die Mittel der Kohäsionspolitik einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der [EU-Klimaziele](#) beitragen.

Der [Bürgermeisterkonvent](#) wurde 2008 ins Leben gerufen, um Städte und Regionen, welche freiwillig über die EU-Emissionssenkungsziele hinausgehen wollen, zu unterstützen. 2016 wurde er durch die Zusammenführung mit dem „[Compact of Mayors](#)“ zu einer weltweiten Initiative.

Karl-Heinz Lambertz betonte, dass Europa weltweit nur Vorreiter beim Klimaschutz bleiben könne, wenn die EU, für eine nachhaltige und umweltschonende

Entwicklung Europas, den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Deshalb und weil mehr als [25 % der Kohäsionsmittel](#) derzeit in Klimaschutzprogramme fließen, müsse die Kohäsionspolitik weiterhin stark und effizient bleiben.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Projekt über die Auswirkungen rückkehrender Wölfe im Ostalpenraum

Seit 1. Oktober 2017 läuft ein von der Universität für Bodenkultur Wien geleitetes Projekt, das sich mit den Auswirkungen rückkehrender Wölfe auf Bereiche wie Land-, Jagd- und Forstwirtschaft im Ostalpenraum beschäftigt. Es wurde vom Land Tirol mitfinanziert.

Eine Habitateignungsanalyse zeigt, dass in Österreich geeignete Lebensräume für den Wolf vorliegen. Zwischen 2009 und 2016 konnten alleine in den westlichen Bundesländern (Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten) 12 Wolfsindividuen nachgewiesen werden.

Die stetig zunehmende Wolfdichte in Europa – nicht zuletzt aufgrund strenger EU-Schutzbestimmungen – zieht Herausforderungen für viele Sektoren nach

sich. Mit dem Projekt, das noch bis zum 30. September 2018 läuft, wird eine gutachterliche Stellungnahme zu den Auswirkungen vermehrt auftretender Wölfe auf Landwirtschaft und traditionelle Weidehaltung, Freizeit- und Erholungswirtschaft, Jagd- und Forstwirtschaft sowie Biodiversität im Ostalpenraum abgegeben.

[Mehr Informationen](#)

Vorschläge für neue Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) hat ihre erste [Stellungnahme](#) zum sicheren Betrieb von Kleindrohnen abgegeben, die im Rahmen eines Treffens unter der Leitung der Kommission erläutert wurde.

Die Stellungnahme stellt einen wichtigen Punkt der [Luftverkehrsstrategie für Europa](#) dar. Die Vorschläge der EASA zielen darauf ab, zukünftige Regelungen so einfach wie Möglich zu gestalten. Der Fokus liegt insbesondere auf der Risikobewertung bei der Verwendung von Drohnen auf unterschiedlichem Terrain. Die Risiken des Betriebes einer Drohne seien somit im Einsatz über dem Stadtzentrum weitaus höher als über dem offenen Meer einzuschätzen.

Auf Basis der an der Praxis orientierten Vorschläge wird die Kommission noch dieses Jahr Regulierungsvorschläge ausarbeiten. Die EU möchte durch die Kombination von Produkt- und Luftverkehrsvorschriften, die höchsten Sicherheitsstandards für VerbraucherInnen gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtindustrie der EU fördern.

[Mehr Informationen](#)



Urteil des EuGH zu „Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit“

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat auf Grund einer Klage eines Feuerwehrmannes auf Entschädigung, der im Rahmen seiner unbezahlten Bereitschaftsdienste in kürzester Zeit auf Abruf bereit stehen musste, nun ein [Urteil](#) gesprochen. Bereitschaftsdienste zählen als Arbeitszeit, wenn Arbeitnehmer innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung stehen müssen.

Die EU-Richtlinie zur Arbeitszeit gelte demnach auch für Bereitschaftsdienste. Der EuGH verlautbarte deshalb in seiner Urteilsverkündung: „dass die Bereitschaftszeit, die ein Arbeitnehmer zu Hause verbringen muss und während derer er der Verpflichtung unterliegt, einem Ruf des Arbeitgebers zum Einsatz innerhalb von acht Minuten Folge zu leisten – was die Möglichkeit, anderen Tätigkeiten nachzugehen, erheblich einschränkt –, als „Arbeitszeit“ anzusehen ist“.

Die Mitgliedstaaten können jedoch weiterhin in ihrem nationalen Recht bestimmen, dass das Arbeitsentgelt eines Arbeitnehmers für die „Arbeitszeit“ von dem für die „Ruhezeit“ deutlich abweicht. Die Höhe des Arbeitsentgelts für Arbeitnehmer liege nämlich außerhalb der Zuständigkeit der Union.

[Mehr Informationen](#)

Rechnungshof untersucht Kontrollsystem für ökologisch erzeugte Lebensmittel

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) führt derzeit eine Überprüfung der Kontrollmechanismen bezüglich ökologisch erzeugter Lebensmittel durch. Der biologische Charakter der nationalen Standards von Erzeugnissen im Rahmen des Zertifizierungssystems steht demnach auf dem Prüfstand.

Da die VerbraucherInnen auch in Zukunft auf nationale Bio-Labels vertrauen können sollen, prüft der EuRH die Mechanismen zur Kontrolle der für biologische Produkte erforderlichen Standards in der Produktion, der Verarbeitung und im Vertrieb.

Die Bioproduktion und -nachfrage haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen und die Umsätze des Einzelhandels mit Bioprodukten sich seit 2010 mehr als verdoppelt.

VerbraucherInnen sind bereit für Bio-Produkte höhere Preise zu bezahlen, was

einen potentiellen Anreiz für Zertifikatsbetrug darstellt. Darum stellt der EuRH die Kontrollmechanismen ins Zentrum seiner Prüfung.

Die Fördermittel der sogenannten [Ökologisierungszahlungen](#) belaufen sich im derzeitigen EU-Haushalt auf rund 6,5 Mrd. Euro.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Alpeuregio Summer School 2018

Die Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino organisiert im diesjährigen Sommer zum 8. Mal die [Alpeuregio Summer School](#). Ziel ist es, 30 StudentInnen aus den drei Regionen in die Funktionsweisen der EU-Institutionen und Politikbereiche der EU einzuführen.

Das [vorläufige Programm](#) sieht als Vortragende überwiegend hochrangige AmtsträgerInnen der EU-Institutionen und Führungskräfte aus anderen Bereichen vor, die einen Einblick in die wichtigsten Themengebiete der EU geben werden.

Der zweiwöchige Kurs wird im gemeinsamen Vertretungsbüro der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino in der Rue de Pascale 45-47 in Brüssel abgehalten werden und findet vom **25. Juni bis 5. Juli 2018** statt.

Bewerbungen müssen bis **spätestens 6. April 2018** eingereicht werden. Die dazugehörigen

[Zulassungskriterien](#) und [Bewerbungsformulare](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Der Kurs wird unentgeltlich angeboten, allerdings müssen die Teilnehmenden für An- und Abreise sowie Unterkunft selber aufkommen.

Bei erfolgreicher Teilnahme unterstützt das Land Tirol die TeilnehmerInnen mit einer Förderung in Höhe von 400 Euro.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)

Steuern

27 Februar 2018 - 25 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Februar 2018 - 31 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Europäischen Woche des Sports](#)

Gesellschaftliche Rolle des Sports, Öffentliche Gesundheit

19 Februar 2018 - 18 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten, Geschirrspülern, Waschmaschinen, etc.](#)

Energieeffizienz

13 Januar 2018 - 07 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)

Unternehmen und Industrie

06 Februar 2018 - 06 Mai 2018

[Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht - von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025](#)

Justiz und Grundrechte

01 Februar 2018 - 26 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen](#)

Umwelt, Handel

30 Januar 2018 - 27 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung](#)

Umwelt

29 Januar 2018 - 24 April 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung und Innovation

Gesundheit, Gesellschaft, Forschung	Rare Disease European Joint Programme Cofund	18.04.2018	€ 55.000.000
Gentherapie, Forschung, Gesundheit	Innovation platforms for advanced therapies of the future	18.04.2018	€ 54.000.000
Gesundheit, Forschung, Palliativmedizin	Novel patient-centred approaches for survivorship, palliation and/or end-of-life care	18.04.2018	€ 44.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

[Europäischer Rat](#)